Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1464

19. 05. 95

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulrike Höfken-Deipenbrock, Dr. Uschi Eid, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 13/1238 —

Staatliche Repressionen gegen die Kaffeebauerngenossenschaft ISMAM, Chiapas (Mexiko)

Wiederholt übten im mexikanischen Krisengebiet von Chiapas staatliche Behörden massive Gewalt, u. a. gegen die dort in der Genossenschaft ISMAM produzierenden Kleinbauern indianischer Herkunft, aus. Die Erzdiözese Mexiko wandte sich bereits besorgt mit einer Liste von menschenrechtsverletzenden Repressionen an die Öffentlichkeit.

In die Landkonflikte in der Region Chiapas sind auf den Seiten der Großgrundbesitzer/Großgrundbesitzerinnen auch deutsche bzw. deutschstämmige Einwanderer/Einwanderinnen involviert.

Der Verwaltungsleiter der Kaffeebauerngenossenschaft ISMAM, der auch gleichzeitig Mitarbeiter der Diözese ist, Herr Reina Diaz de León, ist von drei Vertretern des dortigen staatlichen Amtes für Migrationsfragen schwer verletzt worden. Ein weiteres Mitglied von ISMAM ist während der Zusammenstöße in der Bezirkshauptstadt Chicomuselo zusammen mit fünf anderen Menschen getötet worden. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Diese beiden Ereignisse gehören zu den herausragenden auf einer Liste von Repressionen, über die Maria Teresa Jardi Alfonso, Leiterin des Referats für Menschenrechte der Erzdiözese Mexico, berichtet hat.

Die Vorfälle sind nach den Informationen der katholischen Kirche in Mexiko keine Einzelfälle.

ISMAM ist ein bedeutender Handelspartner für in Deutschland vertriebenen „fair" gehandelten Kaffee. Die Mitglieder müssen immer wieder Benachteiligungen hinnehmen, die sie auf ihrem Weg, eine soziale und wirtschaftliche Existenz aufzubauen, behindern. ISMAM ist eine Organisation von Kleinbauern/Kleinbäuerinnen indianischer Herkunft mit 1 500 Mitgliedern, die in 20 Gemeinden in Chiapas, Mexiko, leben. Sie produzieren auf rund 4 500 ha kontrolliert-ökologisch erzeugten Kaffee. Der Kaffee wird nach den Richtlinien international anerkannter Organisationen „fair" gehandelt. Abnehmerländer sind die USA, Kanada und Europa. Auch im Restaurant des Deutschen Bundestages wird der Kaffee dieser Kleinbauern/Kleinbäuerinnen angegoten, ein Zeichen dafür, daß die Idee des „fairen" Handels und einer gerechten Wirtschaftsordnung mittlerweile gesellschaftlich weit verbreitet ist und entwicklungspolitisch für sinnvoll erachtet wird.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 18. Mai 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, sich für die Wahrung der Menschenrechte in dem mexikanischen Krisengebiet gegenüber der mexikanischen Regierung/staatlichen Organisationen einzusetzen, bzw. welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits ergriffen?

Die Bundesregierung setzt sich, so zuletzt bei einem Treffen des Bundesministers des Auswärtigen mit seinem mexikanischen Kollegen am 18. April 1995 in New York, für eine friedliche Lösung des Konflikts in Chiapas ein. Nach Auffassung der Bundesregierung kann eine politische Lösung nur unter Wahrung der Menschenrechte, insbesondere der dort lebenden Indios, erreicht werden. Der unter Einbeziehung aller politischen Kräfte eingeleitete Friedensdialog gibt Anlaß zu der berechtigten Hoffnung auf eine friedliche Lösung.

Die Botschaft Mexiko steht in ständigem Kontakt mit dem Menschenrechtszentrum der Diözese San Cristobal und der staatlichen Menschenrechtskommission CNDH. Sie beobachtet die Entwicklungen in Chiapas genau und intensiv.

2. Hat sich die Bundesregierung in irgendeiner Form, z. B. durch diplomatische Vertreter/Vertreterinnen und andere, über die Situation und die Rolle der deutschen oder deutschstämmigen Großgrundbesitzer/Großgrundbesitzerinnen und die Landbesitzkonflikte in Chiapas in Kenntnis gesetzt, und hat die Bundesregierung Kontakte zu dieser Bevölkerungsgruppe aufgenommen?

Die Botschaft hat sich mehrfach vor Ort über die Landbesitzkonflikte informiert.

Bei den genannten deutschstämmigen Personen handelt es sich um eine Gruppe von Kaffeeplantagenbesitzern, deren Ländereien vor kurzem, nach über einjähriger Besetzung durch Bauern und Indios, von Polizei und Militär geräumt wurden. Diese Ländereien liegen außerhalb des eigentlichen Konfliktgebietes in Chiapas.

Die Regierung in Chiapas hat zugesagt, die Besitzverhältnisse in allen Einzelfällen zu prüfen. Dabei müssen die Besitzer den Nachweis erbringen, daß ihnen das Land rechtmäßig zusteht und die nach der mexikanischen Revolution festgeschriebenen Hektar-Höchstgrenzen nicht überschritten werden.

3. Hat die Bundesregierung in dieser Angelegenheit auf direktem oder indirektem Wege Gespräche oder Verhandlungen geführt?
Wenn ja, in welche Richtung?

Die Botschaft hat sowohl mit der Landbesitzervereinigung als auch mit der Regierung in Chiapas gesprochen.

Sie hat dabei klargemacht, daß nach ihrer Auffassung eine befriedigende Lösung nur gefunden werden kann, wenn die Landbesitzer in Chiapas die gesetzlichen mexikanischen Regelungen einschließlich der Vorschriften zugunsten der indigenen Bevölkerung respektieren.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen deutscher/deutschstämmiger Finqueros, die Ländereien mit Waffengewalt zurückzuerobern und gegen die Kleinbauern/Kleinbäuerinnen gewalttätig vorzugehen (DIE ZEIT vom 14. April 1995)?

Die Versuche nicht nur deutschstämmiger Großgrundbesitzer, ihre Ländereien durch Waffengewalt und den Einsatz eigener bewaffneter Gruppen (sog. „Weiße Garden") wieder in Besitz zu nehmen, werden seitens der Bundesregierung verurteilt. Das Gewaltmonopol des Staates darf nicht durch einzelne in Frage gestellt werden.

5. Welche entwicklungspolitische Arbeit findet von deutscher Seite über die Organisationen der Entwicklungshilfe u. a. im Süden von Mexiko statt, und inwieweit ist diese Arbeit durch die Landkonflikte in ihrer entwicklungspolitischen Zielsetzung gefährdet?

Im Rahmen der entwicklungspolitischen Arbeit werden aus Mitteln der katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V. die Diözese San Cristobal de Las Casas (u. a. auch Menschenrechtszentrum) sowie Projekte für guatemaltekische Flüchtlinge unterstützt. In Chiapas ist ein aus Mitteln des Zentrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM) geförderter Experte beim Aufbau städtischer und dörflicher Archive tätig. Die entwicklungspolitische Zielsetzung der von deutschen Entwicklungshilfe-Organisationen durchgeführten Arbeit im Süden Mexikos ist nach Einschätzung der Botschaft nicht gefährdet.

6. Welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber der Organisation ISMAM, deren Produkte die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie die Regierungsmitglieder täglich genießen dürfen, vor dem Hintergrund der oben genannten Geschehnisse ein?

ISMAM wird u. a. von Misereor gefördert. Nach Ansicht der Bundesregierung ist der dabei unternommene Versuch, Bauern- und Indiogemeinden genossenschaftlich zu organisieren und den Kaffee, unter Ausschaltung von Zwischenhändlern, in eigener Regie zu vermarkten, unterstützenswert. Die Bundesregierung hat sich daher auch allen Versuchen lokaler Interessengruppen entgegengestellt, die Arbeit von Misereor zu diffamieren.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333